



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/212

12. September 1950

Hinweise  
auf den Inhalt

Demontage und Demilitarisierung	S.1
Die Schlagkraft der französischen KP - Bericht aus Paris -	S.3
Jehovas Zeugen zwischen den Mühlsteinen	S.4
Anhaltende Krise in der Bayern-Fartei	S.5

---

## Die beiden "De" haben abgewirtschaftet

-dt. Im ganzen gesehen, ist es nicht mehr viel, was durch den Beschluss gerettet wird, die Demilitarisierungsmaßnahmen in der "Kriegsindustrie" einzustellen. Im einzelnen aber und für die betroffenen Firmen oder Gebiete ist jeder Ziegelstein von Wert, der nun nicht mehr eingerissen wird. Daher sind die neuen Anordnungen unter allen Umständen zu begrüßen, wenn auch diese Genugtuung gedämpft wird von der Erkenntnis, dass die nun geäußerte Einsicht nicht von der Logik und der Vernunft diktiert ist, die beide von den Deutschen so oft vergeblich zu Hilfe gerufen wurden, sondern von dem Zwang der Ereignisse nach Korea.

Wie gefräßige Raubtiere haben die beiden "De" (Demontage, Demilitarisierung) in der deutschen Industrie gewirkt, effektiv unterstützt von den industriellen Restitutionsen, denen oft die Legitimation fehlte. Der Demontage und den Restitutionsen lag der Wiedergutmachungsgedanke zugrunde, dem man sich auf deutscher Seite nicht verschliessen wollte, wenn es auch in zahllosen Fällen weitaus vernünftiger gewesen wäre, mit den zum Abbau verurteilten Maschinen neue anzufertigen und diese als Reparationsgut abzuliefern. Ungeheure Werte wären damit erhalten geblieben und dem Empfängerland wäre mit neuen Maschinen besser gedient gewesen als mit den abgelieferten Einzelteilen. Aber alle deutschen Verschläge in dieser Richtung blieben unberücksichtigt. Das hat nun zur Folge, dass die deutschen Werkstätten, soweit sie nicht unter die verbotenen Industrien fallen, im Laufe der Zeit und freilich mit grossen Opfern, aber immerhin doch, mit neuen, modernsten Maschinen ausgestattet wer-

den müssen, was sich in einigen Jahren nicht zum Nachteil Deutschlands im internationalen Wettbewerb auswirken muss.

Das Internationale Reparations-Komitee in Brüssel hat kürzlich bekanntgegeben, dass dem deutschen Reparationskonto Anfang 1951, wenn die Demontage abgeschlossen sein wird, insgesamt 1034 Mill. Dollar gutgeschrieben werden. Es wäre notwendig, dass von deutschen Stellen der Herstellungswert dieses Reparationsgutes errechnet wird, damit der Unsinn der Demontagen in Zahlen festgehalten werden kann. An dem Geschehenen würde das zwar nichts mehr ändern, aber vielleicht könnte die Nachwelt daraus etwas lernen.

Das betrüblichste Kapitel war das der "Demilitarisierung der Kriegsindustrie". Es blieb den Militärgouverneuren der einzelnen Besatzungszonen überlassen, selbst zu bestimmen, was Kriegsindustrie ist. Das hat, wie bei allen Ermessensfragen, oft zu krassem Unrecht geführt. So sind beispielsweise die Stahlwerks- und Walzwerkhallen der Reichswerke Salzgitter als Kriegspotential behandelt worden, während die gleichen Hallen im Ruhrgebiet bestehen bleiben konnten. Oder es wurden zusammen mit Werften, die ausschliesslich der Erzeugung von Kriegsschiffen dienten, auch Werften abgebaut, die vor dem Krieg nur Handelsschiffe erzeugt haben. Mit dem gleichen Recht hätte man Autofabriken abbauen dürfen, die, wie sich gezeigt hat, binnen kurzem auf die Erzeugung von Panzern umgestellt werden können. Diese "Demilitarisierung", versehen mit dem Signum des "Nie wieder", entwickelte sich zu einem Raubtier, das mehr reißt, als es verschlingen kann. Ein Trümmerfeld in der Nähe von Braunschweig legt davon Zeugnis ab. Dort wurden vom ehemaligen Stahlwerk Braunschweig eine Hallen abgebaut, in denen während des Krieges ausgesprochenes Rüstungsmaterial erzeugt worden war. Nach dem Abbau der Stahlkonstruktionen wurden die Fundamente gesprengt, Heute ist das Gelände auf einem Areal von etwa 250.000 qm mit den gesprengten Fundamenten ein Meer von Trümmern, dessen Abräumung mehr kosten würde als jemals aus dem Boden herausgeholt werden kann.

Das alles lässt sich leider nicht mehr ungeschehen machen. Man sollte aber mit dem Abschluss des Regiments der beiden "De" die Hoffnung verbinden können, dass die jetzt offenbarte Einsicht sich alsbald auch auf andere Gebiete erstreckt. Dazu gehören, um nur einige der wichtigsten Produktionszweige zu nennen, die Erzeugungsverbote oder Beschränkungen für Aluminium, Buna und synthetische Treibstoffe. Es wäre zu wünschen, dass auch das Kapitel der verbotenen Industrien mit dem neuen Geist durchleuchtet und auch unter dieses Kapitel endlich der erlösende Schlussstrich gezogen wird.

Die Schlagkraft der französischen KP

A.F. Paris, im September

Die kürzliche schlagartige Aktion der französischen Polizei gegen die spanischen Exil-Kommunisten in Frankreich hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf die gesamte französische KP gelenkt. Ebenso wie in Italien wird in Frankreich der Kommunismus als die Achillesferse der westlichen Verteidigung angesehen. Über die Sabotageabsichten der französischen KP darf man sich keinerlei Illusionen machen. Die Kommunisten werden mit allen verfügbaren Mitteln entsprechend den Anweisungen von Moskau energisch für die Sowjetpolitik arbeiten. Entscheidend sind hierbei lediglich ihre Erfolgsaussichten.

Um die Schlagkraft der französischen Kommunisten zu beurteilen, muss man zwischen Mitläufern, Parteimitgliedern und den ausgesprochenen Kämpfernaturen unterscheiden. Die Mitläufer, d.h. die Millionen kommunistischen Wähler, werden im Ernstfalle der französischen Regierung keine grösseren Schwierigkeiten bereiten und nur sehr selten bereit sein, sich an gefährlichen Sabotageaktionen zu beteiligen. Die französische Masse ist müde und in ihrer Gesamteinstellung politisch und auch klassenmässig träge. Das individuelle Wohlergehen ist ihr viel wichtiger als das Erreichen politischer Ziele. Zudem haben die Arbeitermassen langsam aber sicher das Vertrauen in die kommunistische Gewerkschaftsführung verloren. Selbst wenn sie in den Betrieben bei der Wahl der Vertrauensleute die aktiveren Vertreter der kommunistischen CGT vorziehen, sind sie meist nicht mehr gewillt, sich durch kommunistische Streikparolen beeinflussen zu lassen. Es rächt sich nun, dass die kommunistischen Agitatoren den Bogen des vernünftig Vertretbaren überspannt haben und die französischen Arbeiter wissen sehr wohl, dass diese sinnlosen Forderungen unerfüllbar sind. Das letzte Beispiel dieser Art ist der kommunistische Antrag auf Erhöhung der bereits nicht unerheblichen Familienzulagen um nicht weniger als 50 Prozent sowie die Auszahlung der Zulagen für einen sogenannten dreizehnten Monat am Jahresende.

un-

Die Parteimitglieder, deren genaue Zahl bekannt ist, aber wahrscheinlich zwischen 500.000 und 700.000 schwanken dürfte, können grösstenteils in die Gruppe der politischen Kämpfer eingereiht werden. Diejenigen, die im Ernstfall tatsächlich bereit sein werden, sich bedingungslos und blind für die Sowjetpolitik zu opfern, dürften in Frankreich eine verhältnismässig kleine Minderheit bilden. Das schliesst allerdings nicht die Möglichkeit aus, dass die Kommunisten im entscheidenden

den Augenblick genügend Unheil anrichten können.

In der nächsten Zukunft kann sich aber das Gesamtbild noch stark ändern. Ein wichtiger Wendepunkt könnte für die Massen die schon lange erwartete und wohl aus taktischen Gründen immer wieder hinausgeschobene Säuberung der Partei sein. Erstaunlicherweise blieben bis jetzt Italien und Frankreich von den in allen anderen Ländern durchgeführten sogenannten Reinigungsaktionen der kommunistischen Partei verschont. Auf die Dauer wird sich diese Sonderstellung jedoch nicht aufrecht erhalten lassen, denn die leitenden französischen Persönlichkeiten haben mindestens ebenso viel Pfeilschläge einstecken müssen wie ihre Kollegen in den anderen Ländern. Ausserdem mangelt es nicht an inneren Spannungen und Gegensätzen. Eine ernste Warnung kam dieser Tage aus England, wo ein den Kommunisten nahestehendes Organ erklärte, die Parteien Frankreichs und Belgiens seien voll von Titoisten und Trotzlisten.

Beruhigend wirken in diesem Zusammenhang ernste und energische Bemühungen, die Arbeiterschaft ausserhalb der kommunistischen Gewerkschaften zur entschlossenen Verteidigung ihrer materiellen Interessen zusammenzufassen. Das Ziel ist eine grundlegende gewerkschaftliche Neuorganisation, um der kommunistischen CGT einen einheitlichen, sozialorientierten und parteipolitisch nicht festgelegten Arbeiterblock entgegenzustellen. Während in den Pariser Gewerkschaftszentralen von diesen Einigungsbestrebungen noch wenig zu merken ist, hat die Zusammenarbeit in der Provinz zwischen Force Ouvrière, den christlichen Gewerkschaften und den verschiedenen autonomen Verbänden schon erhebliche Fortschritte gemacht. Der Gedanke der gewerkschaftlichen Umgruppierung ist zweifellos sowohl sozial, als auch politisch wichtig und könnte die Grundlage für einen erfolgreichen antikommunistischen Kampf bilden.

#### Zeugen

#### Jehovas zwischen den Mühlsteinen des Kalten Krieges

sp. Der Kalte Krieg bringt Erscheinungen mit sich, die - vielleicht unvermeidlich - zu einem Gefahrenherd für den Bestand der Demokratie selbst führen können. In der redlichen Absicht, sich gegen die Infiltrierungstaktiken des Bolschewismus zu sichern, ist man in den USA im Begriff, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Ein besonders grotesker Fall ist der der Zeugen Jehovas, einer religiösen Sekte von Bibelforschern, die eine beträchtliche Zahl Anhänger in der ganzen Welt hat. Man sollte meinen, dass der lose Zusammenschluss von gläubigen Fanatikern, die sich zum Studium der Bibel

zusammenfinden, den mit der hohen Politik belasteten Staatsmännern keinen Schrecken einjagen kann und doch ist es so, dass die Gewaltigen von Karlshorst sich durch die Tätigkeit dieser religiösen Sekte, die etwa 30.000 Anhänger in der Ostzone haben soll, bedroht fühlen und sie deshalb verboten haben. Dass der Vorwurf, die Zeugen Jehovas seien eine wohlorganisierte Vereinigung amerikanischer Spitzel, nicht ernst zu nehmen ist, bedarf kaum einer Erläuterung. Diese Gruppe von Menschen hat nur einen direkten Berührungspunkt mit der Politik, nämlich ihre Neutralität. Aus der Einstellung, dass die Welt dem Untergang entgegengeht und nur die Gläubigen Jehovas das "Armageddon" überleben würden, sind sie nicht bereit, für eine weltliche Macht ihr Leben einzusetzen. Das brachte Tausende von ihnen bereits in die Kz der Nazis. Jetzt wandern sie in die Kz der Ostzone.

Doch diese Neutralität, dieses Nichtstehengehen zwischen Ost und West, hat die Zeugen Jehovas nunmehr in Konflikt mit den amerikanischen Behörden geführt. Kürzlich fand ein internationales Treffen der Zeugen Jehovas in New York statt, an dem mehr als 100.000 Menschen aus fast allen Ländern der Welt teilnahmen. Auf diesem Treffen wurde eine Protestresolution dagegen angenommen, dass Tausende ihrer Anhänger ohne Grund von den amerikanischen Einwanderungsbehörden am Betreten der USA gehindert oder ihnen enorme Schwierigkeiten gemacht wurden.

Es ist nicht der Sinn dieses Artikels, für oder gegen die Grundsätze der Zeugen Jehovas zu werben. Das Beispiel der Behandlung dieser Sekte scheint aber geeignet zu sein, auf die grossen Gefahren hinzuweisen, die sich aus einer antikommunistischen Hysterie ergeben und zum unnötigen Abbau demokratischer Freiheiten führen können. H.P.

- - - -

Krise in der BP dauert an

M.R. München

Die Gespräche um die bevorstehenden Landtagswahlen in bürgerlichen Kreisen in Bayern sind gegenwärtig von der Frage beherrscht, wie durch Wahlbündnisse der bürgerlichen Parteien ein Anwachsen des sozialistischen Einflusses verhindert werden kann. Diese Gespräche lassen schon an ihrem Beginn die Schwierigkeiten erkennen, die solchen Wahlbündnissen entgegenstehen. Bisher ist das Ergebnis nur eine weitere Aufspaltung der bürgerlichen Kräfte gewesen. Besonders die Bayernpartei gerät durch diese Frage von einer Krise in die andere.

Der Austritt Anton Donhausers aus der BP kam keineswegs über-

raschend, nachdem das Parteischiedsgericht der BP Donhauser gemassregelt hatte. Donhauser hat die letzten Wochen nicht ungenutzt verstreichen lassen und versucht, für seine weitere politische Tätigkeit eine neue Basis zu schaffen. Überrascht hat lediglich, dass er sich der "Heimat- und Königspartei" zugewendet hat, obwohl er mehrfach mit führenden Persönlichkeiten der CSU, darunter auch mit dem Ministerpräsidenten, Verhandlungen geführt hat. Die viel wichtigere Frage für die BP besteht darin, wieviele Mitglieder und Anhänger dem Beispiel Donhausers folgen und der BP den Rücken kehren werden. Bisher ist nur das Ausscheiden einiger Prominenter bekannt geworden, so das des Bundestagsabgeordneten Wilhelm Rahn-Nürnberg. Die Bundestagsfraktion ist nach seinem Ausscheiden um insgesamt drei Abgeordnete vermindert worden, nämlich Anton Donhauser, Hermann Aumer, der vor einigen Wochen bereits ausgeschlossen wurde, und Wilhelm Rahn. Auch der Bundestagsabgeordnete Baron von Fürstenberg und der Bezirksvorsitzende von Fürth, Edgar Gering, dürften dem Beispiel Donhausers folgen.

Völlig undurchsichtig ist zur Zeit noch die Situation der BP in Schwaben. Der katholische Pfarrer Sailer, Mindelheim, der als Freund Donhausers bekannt ist, und in Schwaben bisher eine rege Tätigkeit für die BP entwickelte, entschloss sich gleichfalls, die Partei zu verlassen. Ob Pfarrer Sailer von der CSU als Kandidat für die Wahlen aufgestellt wird, ist noch nicht entschieden. Bemühungen seinerseits in dieser Richtung sollen jedenfalls im Gange sein. Der Bezirksvorsitzende der BP von Kaufbeuren, Dr. Treuheit, hat seinen Übertritt zur "Heimat- und Königspartei" vollzogen und behauptet, was allerdings von der Landesleitung der BP energisch bestritten wird, dass sich auch die Bezirksverbände Sonthofen, Kempten, Memmingen, Dillingen, Günzburg und andere seinem Schritt angeschlossen hätten. Diese Bewegung innerhalb Schwabens mag auf die Tätigkeit des früheren Kreisvorsitzenden von Schwaben, Kerber, zurückzuführen sein, der vor einiger Zeit ebenfalls aus der BP ausgeschlossen wurde. Wenn man hinzunimmt, dass während des Katholikentages in Passau zwischen führenden Persönlichkeiten der BP Niederbayerns und Vertretern der CSU Besprechungen über ein mögliches Wahlbündnis geführt wurden, so scheint sich auch hier eine Entwicklung anzubahnen, die im Gegensatz zu der, wenigstens bisher geäußerten Haltung der Landesleitung steht.

Die Dinge sind auf jeden Fall noch im Fluss. Das Auffangbecken für unzufriedene Bayernparteilerner dürfte in erster Linie die "Heimat- und Königspartei" sein. Ob allerdings die "Heimat- und Königspartei" diese Chance nutzen kann, wird davon abhängen, in wie weit es ihr gelungen ist, ihre Organisation auf die Beine zu stellen.